Nummer 77

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 71. Jahrgang. Dienstag, 16. Februar 1926

A's Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse und viele tabellarische Übersichten. Der deutsche Beamte. Reise- und Bäder-Beilage sowie tägliche Roman-Beilage

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung

Verantwortl. Leiter handelsteil: W. Funk Berlin. Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich Berlin. Kunst, Wissenschaft und Lokales: H. Köppen Berlin-Friedenau. Inseratenteil: H. Rangiewicz Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

— — — — — Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten — — — — —

Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im 1. Quartal 1926 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 200 französische Francs, Belgien 175 belgische Francs, Schweiz 40 schweizerische Francs, Holland 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos Serbien 500 Dinar; für den Monat Februar 1926 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,— Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 100 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 25412

Sir Drummond bei Staatssekretär von Schubert.

WTB. **Berlin**, 15. Februar.

Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, der in Berlin eingetroffen ist, um dem deutschen Außenminister einen Höflichkeitsbesuch abzustatten und mit den für Völkerbundsangelegenheiten im Auswärtigen Amt zuständigen Stellen Fühlung zu nehmen, suchte heute morgen Herrn Staatssekretär von Schubert in der Wilhelmstraße auf. Hinsichtlich des Verfahrens der Sondertagung der Völkerbundsversammlung, die vom Völkerbundsrat auf den 8. März einberufen wurde — einen Tag, der für die nächste Ratssitzung bereits festgesetzt war — wurden verschiedene Fragen einer Prüfung und Aussprache unterzogen. Außerdem wurden allgemeine Fragen hinsichtlich des Völkerbundsekretariats, die zur besonderen Zuständigkeit des Generalsekretärs gehören, erörtert. Die Besprechungen werden fortgesetzt.

*

Wie die Telegraphen-Union erfährt, galt der erste Tag des Besuches Sir Eric Drummonds zunächst der Fühlungnahme und unverbindlichen Vorbesprechungen, während die Hauptverhandlungen, u. e. auch über wichtige Personalfragen, am Dienstag beginnen werden. Bei dem heutigen Frühstück, das der Reichsaußenminister dem Genfer Gaste geben wird, werden voraussichtlich außer dem Reichskanzler auch andere Kabinettsmitglieder teilnehmen.

Ein offiziöses englisches Dementi zur Frage der Ratserweiterung.

London, 15. Februar.

Wie Reuter von autorisierter Seite erfährt, entbehrt die Nachricht gänzlich jeder Begründung, wonach Großbritannien den Vorschlag, Polen, Spanien und Brasilien ständige Sitze im Völkerbundsrat einzuräumen, angenommen haben soll.

London, 15. Februar.

Im Unterhause richtete Sir Harry Britten an Chamberlain die Frage, ob er durch eine Erklärung, daß die britische Regierung gegen jede Erweiterung des Völkerbundsrats größeren Umfanges sei, die in England, wie im Auslande herrschende Besorgnis beseitigen könne. Chamberlain erwiderte, er habe vorige Woche auf eine Anfrage Macdonalds, die den gleichen Gegenstand betraf, eine sorgfältig erwogene Antwort erteilt, in der Hoffnung, daß bis zu seiner unmittelbaren Abreise nach Genf keine weiteren Anfragen an ihn gerichtet würden.

Auf eine Frage Garre Jones, ob das Aufnahmegesuch Deutschlands in den Völkerbund gesondert von den Gesuchen anderer Staaten erwogen würde, erklärte Chamberlain, er könne für den Völkerbund nicht in der gleichen bestimmten Weise antworten, wie für das Foreign Office.

Der deutsche Botschafter bei Chamberlain.

TU **London**, 15. Februar.

Der unter lebhafter Anteilnahme der Presse geführte Kampf um das künftige Gesicht des Völkerbundsrates hat in politischen Kreisen erhebliche Unruhe hervorgerufen. In gut unterrichteten Kreisen betrachtet man die Dinge nicht ohne Sorge. Ueber die vom diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph" vermuteten deutschen Schritte bei den Regierungen der Großmächte hüllt man sich an zuständigen Stellen in Schweigen. Indessen erscheint kein Zweifel, daß heute zwischen dem deutschen Botschafter und Austen Chamberlain eine vertrauliche Besprechung stattgefunden hat, in der der Botschafter die deutsche Anfrage bezüglich der Pläne über eine Erweiterung des Völkerbundsrates vorgebracht hat. Das englische Kabinett hat, wie man weiß, amtlich zu den polnischen und spanischen Ansprüchen auf einen Ratssitz noch nicht Stellung genommen, wenngleich Ministerbesprechungen darüber naturgemäß stattgefunden haben. Austen Chamberlain wird aber voraussichtlich ohne eine gebundene Marschroute und nur mit allgemeinen Richtlinien versehen, nach Genf reisen. Es befindet sich also alles noch in der Schwebe.

„Deutsche Intrigen."

TU **Paris**, 15. Februar.

Im Vordergrunde des politischen Interesses steht noch immer die Frage der Erweiterung des Völkerbundsrates. Die Verhandlungen zwischen Frankreich und England dauern fort. Die Pariser Presse bespricht mit Erregung die Meldungen, nach denen die schwedische Regierung das Vorgehen Deutschlands unterstützt. Ein Abendblatt spricht von deutschen Intrigen und bedauert, daß die englische Regierung trotz aller Vorstellungen des französischen Kabinetts nicht nachzugeben scheine und grundsätzlich die Haltung Deutschlands unterstütze. Aus Rom wird dem „Temps" gemeldet, daß Italien gemeinsam mit Belgien, der Tschechoslowakei und Frankreich die Kandidatur Polens auf einen Ratssitz unterstützen werde. Mussolini verfolge die Verhandlungen zwischen England und Frankreich mit großem Interesse. Die Pariser Presse behauptet noch immer, England unterstütze die Kandidatur Spaniens und wünsche, daß der Sitz, den Frankreich und Italien Polen zusprechen wollen, Spanien angeboten werde.

Chamberlain kann über die Zurückziehung der Kontrollkommission aus Deutschland nichts sagen.

London, 15. Februar.

Im Unterhause sagte Chamberlain in Erwiderung auf eine Anfrage, er sei nicht in der Lage, ein genaues Datum zu nennen, zu dem die Kontroll-Kommission aus Deutschland zurückgezogen wird. Dies müsse von der Erfüllung der in der Botschafterkonferenz vom 16. Dezember 1925 verzeichneten deutschen Verpflichtungen abhängen. Wenn die Kommission ihre Aufgabe erfolgreich zum Abschluß gebracht haben werde, dann würden die nötigen Schritte unternommen werden, um dem Völkerbund das Aufhören der alliierten Militärkontrolle mitzuteilen.

In Erwiderung auf eine andere Anfrage sagte Chamberlain: Vor Räumung der Kölner Zone waren die Zahlen der alliierten Besatzungstruppen im Rheinland die folgenden: Engländer 9000 Mann, Franzosen 73100, Belgier 17100. Am 1. Februar, d. h. unmittelbar nach der Räumung Kölns, waren die Zahlen annähernd folgende: Engländer 7800, Franzosen 50000, Belgier 7500.

Eine internationale Arbeitsministerkonferenz

Zur Regelung der Arbeitszeitfrage.

London, 15. Februar.

Im nächsten Monat wird dem amtlichen englischen Funkdienst zufolge wahrscheinlich eine Konferenz der Arbeitsminister Deutschlands, Großbritanniens, Belgiens, Frankreichs und Italiens stattfinden, die von der englischen Regierung einberufen wird. Sie soll die Möglichkeit eines wirksamen internationalen Abkommens zur Regelung der Arbeitszeit erörtern. Der Premierminister hat bereits mitgeteilt, daß, wenn dieses Abkommen erzielt wird, die Ratifikation des Washingtoner Abkommens durch die teilnehmenden Mächte möglich sein wird, und auch England werde es ratifizieren. Italien hat die Washingtoner Konvention unter dem Vorbehalt ihrer Ratifikation durch Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und die Schweiz bereits ratifiziert. Ein Gesetz, das Frankreich zur Ratifikation ermächtigt, sobald Deutschland ratifiziert hat, ist in der französischen Kammer angenommen worden und liegt zurzeit dem Senat vor. Die belgische Kammer hat ein Gesetz zugunsten einer bedingungslosen Ratifikation gutgeheißen. Das internationale Arbeitsamt teilt mit, daß das Zusammenwirken einer legislativen und diplomatischen Aktion, das jetzt Fortschritte macht, entscheidende und wertvolle Ergebnisse erhoffen läßt.

Dr. Reinhold über seine Steuersenkungspläne

Leipzig, 15. Februar.

Dr. Reinhold empfing heute einen Vertreter der „Neuen Leipziger Zeitung" während seines Aufenthaltes in Dresden zu einer Unterredung, die in der Hauptsache der zu erwartenden Rückwirkung seiner Steuersenkungspläne auf die allgemeine Wirtschaftslage und auf die Finanzen der Länder und Gemeinden gewidmet war. Der Hauptgedanke Dr. Reinholds bei der von ihm geplanten Steuerreform ist, der Wirtschaft die dringend notwendige Atempause durch Erleichterung der besonders drückenden Steuern zu gewähren. Von dieser Atempause erhofft er, besonders im gegenwärtigen Augenblick der wirtschaftlichen Depression, eine Wendung zum Bessern, und eine entscheidende Stärkung der wirtschaftlichen Wiederbelebung, die sich bereits auf manchem Gebiete bemerkbar mache.

Die mehrfach laut gewordenen Befürchtungen, daß die von ihm angekündigten Steuerermäßigungen auch die Steueranteile der Länder und Gemeinden beeinträchtigen würden, werden von Dr. Reinhold nicht geteilt, da die Länder und Gemeinden nur an der Umsatzsteuer, der einzigen der zu ermäßigenden Steuern, finanziell interessiert sind. Für die Reichsfinanzen ergibt sich allerdings aus der Senkung der Umsatzsteuer von bisher 1 Prozent auf 0,6 Prozent schätzungsweise ein Ausfall von 500 Millionen Mark. Den Ländern und Gemeinden ist jedoch durch das Gesetz über den Reichsfinanzausgleich vom 10. August 1925 vom Reich ein Anteil von insgesamt 450 Millionen Mark garantiert. An diesen Positionen wird sich nichts ändern, da eine Abänderung der erwähnten Reichsgarantie, wie überhaupt eine Umgestaltung des Reichsfinanzausgleichs erst für das Etatsjahr 1927 in Frage kommt, wofür der Reichsfinanzminister die Gewährung des Zuschlagsrechtes zur Einkommensteuer an Länder und Gemeinden plant.

Mit besonderem Nachdruck betonte Dr. Reinhold, daß die Länder und Gemeinden energische Anstrengungen zur Einschränkung des Verwaltungsetats und zur Senkung seiner Kosten auf das denkbar niedrigste Maß machen müßten. Die nachgerade legendär gewordene Verwaltungsreform und Verwaltungsvereinfachung müsse jetzt kommen.

Die vom Reichsfinanzminister in seiner Etatrede im Reichstag angekündigten Gesetzentwürfe über die Ermäßigung verschiedener Reichssteuern sind fertiggestellt und befinden sich zurzeit beim Reichskabinett, das in nächster Zeit dazu Stellung nehmen wird.

Von entscheidender Bedeutung für die künftige Gestaltung des Steuerwesens werden die Ergebnisse der Vermögensbewertung nach dem Reichsbewertungsgesetz vom 10. August 1925 sein, da sie die einheitliche Grundlage für die Vermögensbesteuerung durch Reich, Länder und Gemeinden bilden sollen. Diese Reichsvermögensbewertung ist gegenwärtig in vollem Gang.

Finanzminister-Konferenz am Freitag.

Dresden, 15. Februar.

Wie die „Dresdener Neuesten Nachrichten" mitteilen, hat der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold die Finanzminister der Länder für kommenden Freitag zu einer Konferenz nach Berlin eingeladen. Die Besprechung wird der allgemeinen Finanzlage und der Rückwirkung des Steuerermäßigungsprogramms der Reichsregierung auf die Finanzen der Länder und Gemeinden gewidmet sein.

Eine Umsatzsteuer auf den französischen Export?

Ein Gesetzentwurf über 30prozentige Erhöhung der Zölle.

EP **Paris**, 15. Februar.

Die Kammer beschäftigte sich heute mit der Frage der Ausdehnung der Umsatzsteuer auf den Export, eine Maßnahme, die eine Einnahme von 720 Millionen ergeben soll, die jedoch außerhalb der Regierung und der Finanzkommission auf den stärksten Widerstand stößt. Mehrere Redner der republikanisch-demokratischen Union forderten die Abtrennung des Artikels, mit der Begründung, daß dadurch der Außenhandel geschädigt würde, der gegenwärtig nur deshalb einen glänzenden Eindruck mache, weil er durch den Frankensturz begünstigt werde. Außerdem habe der Finanzminister noch eine Zahlungssteuer in Reserve, durch die Industrie und Großhandel betroffen würde. Die daraus sich ergebende Belastung sei noch nicht bekannt.

Finanzminister Doumer und Generalberichterstatter Lamoureux intervenierten zur Verteidigung der Steuer. Auf den Einwand, daß bei einer Verminderung des Exports der Staat mehr an anderen Steuern verliere, als er durch die neue Steuer gewinne, erklärte der Finanzminister, es sei durchaus nicht erwiesen, daß sich der Export vermindern werde. Lamoureux hielt es für durchaus gerechtfertigt, daß der Staat von der durch die Frankenentwertung begünstigten Ausfuhrprämie Nutzen ziehe. Die Steuer könne nur dann eine gefährliche Wirkung haben, wenn die Stabilisierung Tatsache werde. Soweit sei Frankreich aber noch nicht. Diese Bemerkung rief auf der Rechten und in der Mitte großen Lärm hervor.

Schließlich teilte der Generalberichterstatter mit, daß die Regierung beabsichtige, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den die Zölle um 30 Prozent erhöht würden. Die Kammer beschloß die Rückverweisung des Artikels an die Finanzkommission mit 295 gegen 175 Stimmen.

Am Nachmittag trat die Kammer um 3 Uhr zusammen, vertagte sich jedoch wieder auf kurze Zeit, da die Finanzkommission mit ihrer Beratung noch nicht zu Ende gekommen war. Vor dem Auseinandergehen bewilligte die Kammer einige Gesetzentwürfe, darunter den über die Ausdehnung des Gesetzes vom 4. August 1924 über die Pensionskasse der ehemaligen Kriegsteilnehmer und Kriegsopfer auf die Elsaß-Lothringer, die im deutschen Heere gedient haben.

Zur Verfassungsreform.

Stellungnahme der Redaktion vorbehalten.

Parteien und Volkswille.

Von

Oberregierungsrat **Klose**, Neiße.

Die sich immer mehr Bahn brechende Erkenntnis von der Trostlosigkeit unserer Lage und davon, daß letzten Endes der Ausgangspunkt allen Uebels die Mängel der Weimarer Verfassung sind, hat in der Presse eine lebhafte Erörterung über eine Verfassungsreform hervorgerufen. Der Kernpunkt fast aller Aufsätze, die in den letzten Wochen über die Verfassungsreform geschrieben worden sind, ist die schon seit Jahren von vielen Seiten vertretene Ansicht, daß das parlamentarische System schuld sei, daß das deutsche Volk für den Parlamentarismus nicht geeignet oder nicht reif sei. Ein solches Urteil ist nicht gerade schmeichelhaft für uns. Ohne etwa dem Parlamentarismus das Wort reden zu wollen, möchte ich doch glauben, daß es weniger an dem parlamentarischen System an sich liegt, sondern mehr daran, wie das Parlament zustande kommt und wie es zusammengesetzt ist.

Wenn ein Parlament richtig zusammengesetzt ist, d. h. so zusammengesetzt ist, daß die gewählten Vertreter tatsächlich die Anschauungen und den Willen des Volkes verkörpern, dann erscheint das Verlangen, die Regierung müsse das Vertrauen des Parlaments besitzen, nicht ungerechtfertigt; denn das Vertrauen des Parlaments ist in diesem Falle identisch mit dem Vertrauen des Volkes. Früher, als nicht die Liste einer Partei, sondern eine bestimmte, das Vertrauen der Wähler genießende Persönlichkeit gewählt wurde, konnte man davon reden, daß das Parlament den Willen des Volkes verkörperte. Heute ist das nicht mehr der Fall. Der in ein Parlament neu einziehende Parteimann streift bald einen großen Teil der Anschauungen, die er von Hause mitgebracht hat, ab; er sieht hinter die Kulissen, sieht Zusammenhänge und Notwendigkeiten, die seinen Wählern unbekannt bleiben, und wechselt so den Standpunkt, den er eingenommen hat, solange ihm dieser weitere Einblick gefehlt hat. Er kommt im Parlament aber auch erst richtig in „die Partei" hinein; es bleibt ihm gar nichts übrig, als sich — im allgemeinen wenigstens — den von der Parteileitung gegebenen Richtlinien zu fügen; dabei wird er bisweilen vielleicht seine eigene Ueberzeugung opfern müssen, oft jedenfalls anders handeln müssen, als es seine Wähler erwartet haben. Die Wähler sind wohl Anhänger derselben Partei, deren große Gedanken sie teilen; sie haben aber in sehr vielen Einzelfragen andere Ansichten, als die Parteileitung aus taktischen Gründen haben muß. So entsteht das schiefe Bild: der Wähler wählt die Liste seiner Partei, der Partei, auf deren Boden er im allgemeinen steht; der Gewählte wandelt sich nach seinem Eintritt in das Parlament teils aus Erkenntnis, teils aus Parteigehorsam, und wird ein Werkzeug der Parteileitung; nicht die Partei als solche, d. h. die Masse der Wähler, gibt ihren Willen und ihre Ansicht im Parlament kund, sondern die Parteileitung. Mag der Abgeordnete den politisch einsichtigen Teil seiner Wähler auch davon überzeugen können, daß die Wege der Parteileitung taktisch richtig sind; bei der Masse wird ihm das nicht gelingen und man kommt um das Ergebnis nicht herum, daß die gewählten Vertreter des Volkes tatsächlich nicht den Willen und die Ansichten des Volkes verkörpern, daß das Vertrauen des Parlaments demnach durchaus nicht immer identisch ist mit dem Vertrauen des Volkes.

Der Gegensatz zwischen dem Willen des Volkes und den Taten des Parlaments wird dadurch noch größer, daß eine erhebliche Zahl von Wählern — wohl bei allen Parteien — nur Mitläufer sind. Man denke an die vielen Wähler der Rechtsparteien, die politisch überhaupt nicht eingestellt sind, sondern nur „national" denken und deshalb rechts wählen, an die vielen Anhänger des Zentrums, die diesem nur aus Treue zur Kirche folgen, an viele Juden, die ihres Glaubens wegen zu den Demokraten gedrängt werden, an die vielen Wähler der Linken, die nur aus irgendeiner persönlichen, vielleicht nur vorübergehenden Unzufriedenheit in dieses Lager, dessen politische Einstellung sie meistens gar nicht kennen oder verstehen, getrieben worden sind. Man denke an die Wähler im Alter unter 25 Jahren, die — von wenigen Ausnahmen abgesehen — irgendwo mitlaufen. Man vergesse ferner nicht die Frauen, die in der überwiegenden Zahl nur unter irgendeinem augenblicklichen Einfluß wählen; Vergleiche, die darüber angestellt worden sind, für welche Parteien die Männer und für welche Parteien die Frauen des-